



Ergebnis-Protokoll

Besprechungsgegenstand

3. Sitzung Veedelsbeirat Kwartier Latäng

Ort und Datum der Besprechung

27.09.2022, 17 Uhr
Berufskolleg Lindenstraße

Bezirksbürgermeister

Bezirksrathaus Innenstadt
Ludwigstraße 8, 50667 Köln

Auskunft: Frau Komischke, Zimmer 515
Telefon 0221 221-91300, Telefax 0221 221-26592
E-Mail: barbara.komischke@stadt-koeln.de

Datum
21.11.2022

Teilnehmer/Teilnehmerinnen

Siehe Anlage 1

Verteiler

s. Anlage: Teilnehmende,
FVB-Verteiler, Fachverwaltung

Leitung

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke

Protokollführung

Barbara Komischke

Inhalt

Herr Hupke begrüßt die Teilnehmer und informiert über den Beschluss der Bezirksvertretung in der Sondersitzung am 26.09.2022 (s. Anlage 1).

TOP 1

Abstimmung über das Konzept für den 11.11.2022

- Bitte an die Verwaltung und Polizei um die Vorstellung des Konzeptes -

Herr Hupke berichtet über den Runden Tisch (RT) mit der Oberbürgermeisterin, Vertreter*innen der Fachverwaltungen, etc. Für das Ordnungsamt sei Herr Breuer als Stellvertreter eingesprungen, der über das Sicherheitskonzept informierte. Was bei ihm angekommen sei: „es bleibt alles so wie es ist“.

Er händigt Kopien der Mitteilung des Dezernates I aus. In dieser Mitteilung seien u.a. die Informationen aus dem RT zusammengefasst. (s. Anlage 2)

Herr Timmermann von der Polizei erwähnt, dass sie in ihrem Team das Thema Karneval intensiv besprochen hätten.

Herr Hupke stellt fest, dass die Wünsche, Anmerkungen und Forderungen des Veedelbeirats in der Mitteilung nicht enthalten gewesen seien.

Herr Vogt berichtet ausführlich über die Arbeit zum Karneval, in der er als Gastronom und Vertreter der Gastronomen Quartier Latäng seit 5 Jahren involviert sei.

Vor 5 Jahren habe das Konzept der Stadt „draußen und umsonst“ auf den Uniwiesen, welches speziell für die jungen Menschen gedacht war, gestartet. Leider habe sich heraus gestellt, dass diese Gruppe mit Alkohol nicht umgehen kann. Diese Gruppe habe in den letzten Jahren überproportional zugenommen und anderes Publikum verdrängt.

Die Stadtspitze sei auf das Problem immer wieder hingewiesen worden. 2021 seien dann intensive Gespräche mit der Stadtdirektorin, dem Festkomitee und der Fraktion B90/Die Grünen aufgenommen worden zur Findung einer Entlastungslösung zu den Uniwiesen.

Der Vorschlag der Gastronomen sei das Ausweichen des Rahmenprogramms auf die Ringe/Rudolfplatz gewesen. Die Fachverwaltung habe dagegen argumentiert.

Auf Anraten ließ die Stadtdirektorin eine Expertise einer Crowd Management Firma erstellen.

Inzwischen sei diese Firma der Abteilungsleitung für Veranstaltungen unterstellt.

Diese Expertise sei in den Monaten Juli/August hin und hergereicht worden, bis alle Punkte berücksichtigt waren. Man habe der Vertretung der Gastronomen versprochen, sie zu involvieren – auch in interne Planungsschritte – was nicht geschehen sei.

Man könne den Eindruck haben, dass nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei.

Auch die versprochene Bewertung von Flächen zur Entlastung habe nur stadintern stattgefunden. Das den Gastronomen vorgeschlagene Konzept sei an so hohe Auflagen gebunden gewesen (wie Abnahmen vom Bauamt etc.), dass sie es abgelehnt hätten.

Das Gutachten, welches sie erhalten hätten, zeige nur wenige Veränderungen, wie eine Entlastung auf einer asphaltierten Fläche, die längs abgesichert werden soll; ein Hauptzugang vom Südbahnhof; alle anderen Eingänge nach Bedarf nur für Anwohner.

Eine Vorstellung des Feinkonzeptes sei für den 10.10.2022 geplant, die u.a. mit Frau Hammerich, den Wirten und Anwohnern stattfinden würde. Danach sei nochmals ein Termin mit Frau Blome und weiteren Teilnehmer/-innen geplant.

Herr Hupke erwähnt die Absicht der Bildung eines Unterausschusses, die wohl nicht weiter verfolgt wurde. Scheinbar seien die 2 bis 3 Strategien, die in den Gremien besprochen werden, der „Persilschein“ für die Bevölkerung. Es bestehe kein offener Dialog. Eine Veränderung sei wohl nicht gewünscht. Das Ergebnis sei nicht okay und die Menschen im Viertel kämen zu kurz und sie werden das nicht mehr zulassen.

Herr Dr. Höver räumt ein, dass der RT Karneval schlecht verlaufen sei. Er habe direkt im Anschluss mit der Oberbürgermeisterin darüber gesprochen. Das jetzt vorliegende Papier biete Argumente, die vorher nicht bekannt gewesen seien. So sei die „gamescom“ auf den Ringen aus ordnungsrechtlicher Sicht nicht vergleichbar und einfacher zu handhaben. Das gewünschte „draußen und umsonst“ sei ganz anders, es gäbe anderes Publikum und es bräuchte einen Veranstalter. Diese Argumente seien einleuchtend.

Die Ausschreibung sei europaweit erfolgt, leider ohne Meldung; es habe sich kein privater Veranstalter gefunden.

Ein Anwohner äußert, es sähe so aus als sei die Stadt der Veranstalter.

Ein Veranstalter könne klare Regeln treffen zu Glas, Hygiene, Toiletten etc. Er fragte nach, ob es ein Toilettenkonzept gäbe. Er habe den Eindruck, dass gespart würde oder die Stadt sich dem Thema entziehe. Es müsse reagiert werden.

Der Bezirksbürgermeister sagt, dass die Grundrechte der Bürger und Gewerbetreibenden eingehalten werden müssten.

Herr Vogt erwähnt, dass auf dem Ringfest bis zu 100.000 Personen unterwegs waren und auch nicht alle nüchtern.

Ein fester Kern der Wirte sei grundsätzlich bereit, die aktuelle Veranstaltung zu übernehmen, aber die Bedingungen/Voraussetzungen wären nicht gegeben bzw. zu schwierig einzuhalten. Auch solle es refinanzierbar für die Gastronomen sein, z. B. Eintrittsgelder, Sponsor Stadt Köln.

Herr Stoffels (Teamleitung Schull-/Veedelszöch) äußert, dass seit Monaten an dem Sicherheitskonzept und der Organisation gearbeitet würde. Jetzt sei keine Chance mehr, noch etwas beizutragen oder zu verhindern. Man wolle versuchen, mögliche Auswüchse in Grenzen zu halten und ggf. Straßen und Nebenstraßen zuzumachen. Seine heutige Forderung sei, dass Schüler gar nicht rein kommen.

Eine Anwohnerin empfindet die Haltung zum 11.11. nicht eindeutig. Es ist ein normaler Schul- bzw. Arbeitstag. Beim letzten Mal habe die Tochter in der Schule Lochner Straße an einer Garten-AG teilgenommen. Das Abholen der Kinder wäre kaum möglich gewesen. Es hätten „Alkoholleichen“ im Garten gelegen und die Betreuer/-innen hätten sich in der Schule verschanzt. Daher solle es für diesen Tag schulfrei geben. Da der Schutz der Anwohner nicht sichergestellt werden könne und sie auf ihren Schäden sitzen bleiben, solle der 11.11 entfallen. Es sei zu überlegen, ob die Anwohner dies fordern sollten.

Herr Timmermann beantwortet die Frage nach der Anzahl der Polizei im Viertel an diesem Tag mit zwei Hundertschaften (früh und spät). Herr Schlünz ergänzt, dass je 35-40 Mitarbeiter/-innen (in 2 Schichten) am Zülpicher Platz und in der Altstadt bereit stehen werden. Je nach Zeit und Andrang werden Verlagerungen des Personals durchgeführt.

Auf die Äußerung eines Anwohners nach mehr Polizei und Austeilung von Schusswaffen und dass das alles scheinbar politisch so gewollt sei, widerspricht Herr Hupke und rät zur Besonnenheit. Er habe auch andere Stimmen gehört und alle müssten dahin kommen, etwas anderes zu wollen. Mehr Polizei/Aufgebot würde die Situation nicht ändern und evtl. andere Gruppen auf den Plan bringen. Dazu dürfe es nicht kommen. Es sei Zeit genug gewesen, sich im Dialog mit der Bevölkerung auseinanderzusetzen.

„Wie wollen wir es anders haben?“

Frau Burkert teilt mit, dass sie nicht involviert gewesen sei und die Schilderungen sie sehr betroffen machen und besorgen würden. Wichtig zu sagen sei ihr: Dass hier Bestechung suggeriert würde sowie dass die Stadt sich nicht bemühe, das sei Hetze und würde auch nicht

stimmen. Verschiedenes sei sicherlich anzugehen und aufzulösen, dass könne sie nachvollziehen, aber mit Unterstellungen würde eine Grenze überschritten.

Frau Mihaljevic (Die Fraktion) fragt nach, warum der Dienstleister eine Steuerung von Einlass/Auslass nicht vornehmen könne.

Herr Vogt antwortet, dass der Dienstleister kein Veranstalter sei und somit kein Hausrecht habe. Außerdem liefere die Veranstaltung unter Volksfest.

Herr Hupke ergänzt, dass es unterschiedlich zur Veranstaltung am Alter Markt sei. Dort sei der Veranstalter gleich Hausherr und könnte auch Eintritt verlangen.

Am Zülpicher Platz stehe ein Wach-/Sicherheitsdienst zur Kontrolle im Sinne der Gefahrenabwehr zur Verfügung.

Herr Adrian sagt, er kenne das Thema schon seit vielen Jahren und stellt fest, dass er immer noch kein Konzept der Stadt kenne, welches die Karnevals-Schwierigkeit in den Griff bekomme.

Das mache ihn ratlos. Für den Karneval im Februar 2023 wünscht er sich, dass sich nochmals ernsthaft Gedanken für Lösungen - nicht nur zur Sicherheit, sondern auch über die Reduzierung der Massen - gemacht werden. Dazu gehöre auch die Außendarstellung des Kölner Karnevals, das Image der Stadt, grundsätzliche Ansätze etc. Hier solle die Stadt Köln Vorgaben machen.

Herr Dr. Höver bestätigt die Anmerkungen zur Außendarstellung. Dies sei auch schon ein großes Diskussionsthema in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und in Gesprächen mit Köln Tourismus, Wirtschaftsförderung und anderen Einrichtungen. Die Stadt müsse für Hochkultur stehen.

Herr Stoffels hofft auf neue Erkenntnisse aus dem nächste Gespräch im Rathaus mit allen Akteuren. Wichtig solle die Einigkeit darüber sein, dass bei frühzeitiger Überfüllung der Bereich geschlossen wird und dafür zu sorgen, dass keine weiteren Personen eindringen.

Herr Hupke liest den Beschluss der BV 1 vom 26.09.2022 vor (s. Anlage 3).

Herr Neumann, erfahren in Sicherheitsdienstleistungen für Großveranstaltungen etc., sieht als Problem den Auftrag an den Dienstleister, da das letzte Ergebnis mehr oder weniger übernommen wird.

Ein Anwohner sieht mehr Kontrolle und ein Toiletten-/Hygiene-Konzept als zielführend.

Herr Vogt bittet Frau Burkert darum, sich nicht angegriffen zu fühlen; es sei nicht böse gemeint, aber nach 5 Jahren Zusammenarbeit gäbe es durchaus Indizien.

Ein tragfähiges Sicherheitskonzept solle langfristig gelten; ohne eine Dezentralisierung der Masse, sei dies niemals kontrollierbar. Er habe schon viele Gespräche geführt, auch habe es einen Antrag an den Hauptausschuss gegeben. Er stellt die Frage in den Raum, was noch getan werden könne: politische Anträge, juristisches Vorgehen/Klage?

Eine Anwohnerin erwähnt, dass sich auch die Linden- und Roonstraße sich immer mehr zur Feiermeile wandeln würde und sieht darin einen weiteren Hotspot. Vielleicht wäre das jetzt noch zu verhindern, unabhängig vom Karneval.

Frage eines Anwohners: Wäre der Erlass eines Alkoholverbots am Zülpicher Platz u. a. bestimmten Hotspots rechtlich möglich?

Frau Kosubek stellt die Frage in den Raum, was in diesem Gremium konkret getan werden kann und schlägt einen Antrag für eine aktuelle Stunde in der BV1-Sitzung zum 11.11. vor mit Einbeziehung der Verwaltung. Darin enthalten solle sein: Sachstand zum Beschluss; was kann die Politik mit dem Beschluss eindämmen und für die zukünftigen Jahre tun.

Frau Mahaljevic (Die Fraktion) rät Herrn Vogt Klage zu erheben, egal wann sie umgesetzt werde. Ein Alkoholverbot sei rechtlich nicht möglich. Sie empfiehlt, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

Auch mit einer Image-Veränderung über die Sozialen Medien könne man anfangen (Instagram etc.).

Sie schlägt vor einmal „out of the box“ zu denken und die Feier an einem ganz anderen Platz umzusetzen.

Herr Adrian meint, dass das Land solche Verbote (Alkohol) erlassen könnte. Grundsätzlich solle man es versuchen.

Herr Hupke äußert, dass nicht weiter gedreht werden solle, insbesondere durch Werbung. Er und andere kämpften seit 40 Jahren und es sei so nicht gewollt. Die Situation solle mit demokratischen Mitteln positiv für alle verändert werden.

Ein Anwohner sieht eine lenkende Wirkung durch vernünftige Anregungen und Ansprache der Jugendlichen durch die Soziale Medien.

TOP 2

Diskussion/Abstimmung über den Tagesordnungspunkt für die Folgesitzung: „Werbe-Image“ mit Gästen: Köln Tourismus, Netcologne, Bürgergemeinschaft Altstadt

Herr Hupke erwähnt, dass es viel mit der Außenwirkung zu tun habe und berichtet über ein Plakat in Berlin, auf dem viele Betrunkene zu sehen waren. Gegen so etwas möchte er angehen. Hierzu ist er mit der Initiative Altstadt und Netcologne im Gespräch. Leider war Netcologne nicht bereit, an dem heutigen Gespräch teilzunehmen.

Herr Dr. Höver berichtet über einen Teilerfolg mit Netcologne, die die Website von „koeln.de“ führen. Hier wurde der Text zur Partymeile positiv abgeschwächt.

Als nächsten Termin wurde der 29.11.2022, 17 Uhr, BK Lindenstraße festgelegt.

Anlagen: Übersicht Anwesende, Mitteilung des Dezernates I, Beschluss vom 26.09.2022

gez. A. Hupke 21.11.2022
